

Müller, Christian; Heimpold, Gerhard

Article

6. Konferenz „Von der Transformation zur europäischen Integration – Ostdeutschland und Mittelosteuropa in der Forschung des IWH“ – ein Bericht

Wirtschaft im Wandel

Provided in Cooperation with:

Halle Institute for Economic Research (IWH) – Member of the Leibniz Association

Suggested Citation: Müller, Christian; Heimpold, Gerhard (2013) : 6. Konferenz „Von der Transformation zur europäischen Integration – Ostdeutschland und Mittelosteuropa in der Forschung des IWH“ – ein Bericht, *Wirtschaft im Wandel*, ISSN 2194-2129, Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH), Halle (Saale), Vol. 19, Iss. 1, pp. 6-9

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/144015>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

6. Konferenz „Von der Transformation zur europäischen Integration – Ostdeutschland und Mittelosteuropa in der Forschung des IWH“ – ein Bericht

Christian Müller*, Gerhard Heimpold

Am 19. September 2012 fand im IWH die Konferenz „Von der Transformation zur europäischen Integration – Ostdeutschland und Mittelosteuropa in der Forschung des IWH“ statt. Im Fokus der Veranstaltung, die dem Wissenstransfer und Austausch mit einem wirtschaftspolitisch interessierten Fachpublikum diente, standen Untersuchungsergebnisse zur wirtschaftlichen Entwicklung und institutionellen Anpassung in den mittel- und osteuropäischen Post-Transformationsökonomien, darunter in Ostdeutschland, im Zuge der europäischen Integration. Den Eröffnungsvortrag hielt die Ministerin für Wissenschaft und Wirtschaft des Landes Sachsen-Anhalt, Prof. Dr. Birgitta Wolff, zum Thema „Sachsen-Anhalt in Europa: Wie weiter mit der EU-Strukturfonds-Förderung nach 2013?“. In den darauf folgenden Vorträgen von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern des IWH wurden makroökonomische Indikatoren und Schwellenwerte zur Vorhersage von Finanzkrisen vorgestellt, ökonomische Perspektiven für einen Beitritt mittel- und osteuropäischer Staaten zum Euroraum aufgezeigt und die verschiedenen Stadien der institutionellen Konvergenz in den europäischen Post-Transformationsländern untersucht. Weiterhin wurden Wissensnetzwerke in Sachsen-Anhalt analysiert und die Effizienz der kommunalen Leistungserstellung in Abhängigkeit von Gemeindegröße und Verwaltungsform betrachtet.

Ansprechpartner: Gerhard Heimpold (Gerhard.Heimpold@iwh-halle.de)

JEL-Klassifikation: O11, O18, O30, P27, R12, R58

Schlagwörter: Innovationen, Innovationsförderung, Technologietransfer, Netzwerke, Konvergenz, Ostdeutschland, Westdeutschland, Mittel- und Osteuropa, Regionenvergleich, Stadtentwicklung, EU-Strukturfonds, Horizon 2020, Euro, Finanzkrisen

Am 19. September 2012 fand im IWH die Tagung „Von der Transformation zur europäischen Integration – Ostdeutschland und Mittelosteuropa in der Forschung des IWH“ statt. Ziel der Veranstaltung war es, einem wirtschaftspolitisch interessierten Fachpublikum Ergebnisse von IWH-Forschungsarbeiten, die unter dem Motto „Von der Transformation zur europäischen Integration“ durchgeführt wurden, zu präsentieren.

In seiner Begrüßungsrede verdeutlichte Prof. Dr. Oliver Holtemöller, Vorstandsmitglied des IWH und Leiter der Abteilung Makroökonomik, wie das Tagungsprogramm die Forschungsagenda des IWH widerspiegelt, und zog Verbindungslinien zur aktuellen wirtschaftlichen Entwicklung in Europa.

* Christian Müller, Student im Masterstudiengang „Empirische Ökonomik und Politikberatung“ an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, hat im Rahmen des Ausbildungsmoduls „Werkstattgespräch“ die Vorbereitung, Durchführung und Auswertung der Tagung unterstützt.

Betrachte man die Konvergenzprozesse in der EU aus makroökonomischer Perspektive, zeige sich ein spürbares Aufholen, das jedoch sehr langsam verlaufe. Dieses Muster sei sowohl für Euroländer als auch für Nicht-Euroländer zu beobachten. Langsame Konvergenzprozesse seien also nicht nur ein Problem der Euroländer, sondern der Post-Transformationsländer im Allgemeinen. Transformationsprozesse seien schwierig zu steuern, und demzufolge dürfe die europäische Wirtschaftspolitik sich nicht nur auf die währungsbezogenen Aufgaben fokussieren, sondern müsse auch die strukturellen Probleme beachten.

Ministerin Wolff: Starke Ausrichtung der künftigen EU-Strukturfonds-Förderung auf Forschung und Innovation

Den Eröffnungsvortrag hielt die Ministerin für Wissenschaft und Wirtschaft des Landes Sachsen-Anhalt, Prof. Dr. Birgitta Wolff. Sie widmete sich der Frage: „Sachsen-Anhalt in Europa: Wie weiter

mit der EU-Strukturfonds-Förderung nach 2013?“ Im Zeitraum von 2014 bis 2020 plane die EU, ca. 336 Mrd. Euro für Kohäsionspolitik und weitere ca. 80 Mrd. Euro im Rahmen des Forschungsförderprogramms *Horizon 2020* zur Verfügung zu stellen. In Vorbereitung der Strukturfonds-Förderperiode werde es zwischen EU-Kommission und Mitgliedstaaten so genannte Partnerschaftsvereinbarungen geben. Die Programmvorbereitung erfolge mit einer Kombination aus Top-down- und Bottom-up-Ansätzen. Die verfügbaren Mittel werden auf elf thematische Ziele konzentriert, bei denen es eine starke Ausrichtung auf Forschung, Entwicklung (FuE) und Innovation, kleine und mittlere Unternehmen sowie den Klimawandel gibt.

Basis für die FuE- und Innovationsorientierung sei die Strategie der „Intelligenten Spezialisierung“. Im Rahmen dieser Strategie müsse auch für Sachsen-Anhalt sorgfältig überlegt werden, wo Stärken und potenzielle Spezialisierungsbereiche gegeben sind.



Die Ministerin für Wissenschaft und Wirtschaft des Landes Sachsen-Anhalt, Prof. Dr. Birgitta Wolff, und IWH-Vorstandsmitglied Prof. Dr. Oliver Holtemöller am 19. September 2012 im IWH.

Foto: IWH.

Bezüglich des EU-Forschungsförderprogramms *Horizon 2020* betonte die Ministerin das Erfordernis, auf der Grundlage des Konzeptes der „Intelligenten Spezialisierung“ Synergien mit den Struktur-

fonds herzustellen. Für Sachsen-Anhalt sei es sehr wichtig, bei der Akquisition von EU-Forschungsfördermitteln künftig noch besser abzuschneiden.

Bei *Horizon 2020* werden Innovation und Forschung in einem Rahmenprogramm gebündelt. Ziel sei hierbei die Umsetzung der *Europa 2020*-Strategie sowie der Leitinitiative „Innovationsunion“, um mehr Beschäftigung und Wachstum zu erreichen. In diesem Rahmen sei auch die Frage wichtig, wie man strukturschwache Regionen in Osteuropa zu Exzellenz in Forschung und Innovation führen kann.

Indikatoren makroökonomischer Ungleichgewichte können Risiken für Finanzkrisen anzeigen – Optimierung der Schwellenwerte wichtig

Die Reihe der Fachvorträge aus dem IWH eröffnete Dr. Tobias Knedlik, Forschungsschwerpunkt „Finanzmärkte, Banken und realwirtschaftliche Entwicklung“, mit einem Referat zum Thema „Makroökonomische Ungleichgewichte und Finanzkrisenrisiken in den mittel- und osteuropäischen Ländern“. Der Referent stellte zunächst die zehn Indikatoren vor, welche im Rahmen des Scoreboard-Ansatzes der EU-Kommission zur Vorhersage von Finanzkrisen genutzt werden. Danach präsentierte er eigene Berechnungsergebnisse zu optimalen Schwellenwerten für diese Indikatoren und verglich diese mit den offiziellen Werten. Bei einigen Indikatoren, wie z. B. dem Leistungsbilanzsaldo oder der öffentlichen Verschuldung, stimmten die Ergebnisse mit den offiziellen Werten überein. Bei vielen Indikatoren, so z. B. der privaten Verschuldung und der Lohnstückkosten, zeigten sich jedoch starke Abweichungen. Durch die optimale Wahl der Schwellenwerte ließe sich die Prognosegüte der Indikatoren stark verbessern, so Dr. Knedlik.

Anschließend unterzog der Vortragende die Indikatoren am Beispiel der mittel- und osteuropäischen Staaten dem Praxistest und demonstrierte, wann welcher Indikator im Zeitraum von 1999 bis 2010 ausgeschlagen hätte und wann es tatsächlich zu Finanzkrisen kam. Auch hier zeigte sich eine stark variierende Prognosegüte der einzelnen Indikatoren. Zum Abschluss gab der Referent einen kurzen Überblick über aktuelle Finanzkrisenrisiken in den mittel- und osteuropäischen Staaten. Ein hohes Finanzkrisenrisiko sei für Bulgarien und Rumänien zu konstatieren, während in Slowenien,

Litauen und Tschechien das Risiko gegenwärtig als relativ gering eingestuft werden könne.

In der anschließenden Diskussion wurde unter anderem thematisiert, inwieweit die Veröffentlichung des Scoreboards das Risiko einer Finanzkrise durch selbsterfüllende Prophezeiungen noch verstärke.

Erweiterung des Euroraums nach Osten wird sich um einige Jahre verschieben

Im zweiten Vortrag referierte *Martina Kämpfe*, Forschungsschwerpunkt „Makroökonomische Prognosen und Politikanalysen“, über die „Perspektiven für einen Beitritt mittel- und osteuropäischer Länder zum Euroraum“. Die Post-Transformationsstaaten befänden sich gegenwärtig in einer Dilemmasituation, so die Referentin. Hart von der Finanzkrise getroffen, müssten sie auf der einen Seite eine Antikrisenpolitik betreiben, dürften aber auf der anderen Seite auch den Konvergenzprozess hin zu den etablierten Staaten des Euroraums nicht aus den Augen verlieren.

Kämpfe legte dar, inwieweit die mittel- und osteuropäischen Länder in der Vergangenheit in der Lage waren, die Konvergenzkriterien des Maastrichter Vertrags von 1993 zu erfüllen. Insbesondere in den Krisenjahren 2008 und 2009 konnten viele Transformationsländer die Maastricht-Kriterien speziell in den Bereichen Inflation, Zinssatz und Defizit nicht einhalten. So gelang es beispielsweise nur Estland, das 3%-Defizitkriterium nicht zu überschreiten. Im Bereich des öffentlichen Schuldenstandes habe jedoch gegenwärtig nur Ungarn die 60%-Grenze überschritten.

Durch Phänomene wie negative Inflationsraten und stark steigende Budgetdefizite erschwere die Krise die Beurteilung der Beitrittsfähigkeit. Auch in den Euro-Kandidatenländern würden die Vor- und Nachteile einer Einführung des Euro neu abgewogen. Ernsthafte Zweifel am Ziel der gemeinsamen Währung seien jedoch die Ausnahme; die Euro-Einführung sei in den Kandidatenländern, wenn auch im Zeitplan um mehrere Jahre verzögert, weiter vorgesehen.

In der Diskussion wurde die Dynamik der Veränderung der makroökonomischen Indikatoren angesprochen. Einige mittel- und osteuropäische Länder würden sich vor allem im Bereich der öffentlichen Verschuldung zu schnell auf westeuropäische Niveaus hin entwickeln, so Diskussionsteilnehmer.

Infolge dieser Meinungsäußerungen entwickelte sich eine lebhafte Diskussion über Staatsverschuldung.

In der institutionellen Entwicklung bilden mittel- und osteuropäische Länder zwei Gruppen

Im dritten IWH-Vortrag präsentierte *Dr. Toralf Pusch*, Forschungsgruppe „Institutionelle Konvergenz und nationale Entwicklungspfade in Mitteleuropa“, die Ergebnisse einer gemeinsam mit *Dr. Marina Gruševaja* durchgeführten Studie zum Thema „Dynamik der institutionellen Konvergenz in der Europäischen Union“ auf Basis von Institutionendaten der European Bank for Reconstruction and Development (EBRD). Ziel der Forschungsarbeit war es, mit Hilfe einer multivariaten Analyse die Entwicklung institutioneller Rahmenbedingungen in den mittel- und osteuropäischen Staaten zu untersuchen. Dabei stand die Frage im Mittelpunkt, ob in den europäischen Post-Transformationsländern die Entwicklung der ausgewählten Institutionen den traditionellen Konvergenzhypothesen der Wachstumstheorie folgt oder ob das relativ neue Konzept der Club-Konvergenz beobachtbar ist. Dieses besagt, dass weniger entwickelte Länder zu einem anderen *steady state* konvergieren als fortgeschrittene Staaten.

Anhand der Ergebnisse könne man die untersuchten Länder in zwei Gruppen einteilen, so Dr. Pusch. Ungarn, Polen und die Tschechische Republik gehörten in der gesamten untersuchten Periode von 1991 bis 2010 der Gruppe mit dem stärksten Trend der institutionellen Entwicklung in Richtung EU-Normen an. Andere Länder wechselten im Zeitverlauf die Gruppenzugehörigkeit. Allgemein seien insbesondere zwischen 1995 und 1998 große institutionelle Fortschritte festzustellen. Seit dem Jahr 1999 sei eine weitere Annäherung an die EU-Normen jedoch kaum beobachtbar. Estland, die Slowakei und Litauen gelang zwischen 2004 und 2007 der Sprung in die Gruppe der am weitesten institutionell entwickelten Post-Transformationsländer, während die anderen untersuchten Länder zurück blieben.

In der Diskussion wurde unter anderem vorgeschlagen, zu prüfen, inwieweit einige Transformationsländer schon vor Beginn des Untersuchungszeitraums zum institutionellen Rahmen der EU konvergierten und damit Anknüpfungspunkte für die spätere Entwicklung geschaffen haben.

Wenig Vernetzung zwischen Hochschulen in Sachsen-Anhalt

Der vierte Vortrag betraf ein zentrales Thema der Wirtschaftsentwicklung in Ostdeutschland. Dr. Mirko Titze, Forschungsschwerpunkte „Regionale Entwicklung, interregionale Ausgleichsmechanismen und Arbeitsmärkte“ sowie „Wissen und Innovation“, referierte über „Wissensnetzwerke in Sachsen-Anhalt – Analysen auf Basis von FuE-Projektdaten“. Die Untersuchungen führte er gemeinsam mit Matthias Brachert durch. Mittels Konzentrationsmessung und graphentheoretischer Verfahren wurden Wissensverflechtungen in Wissenschaft und Wirtschaft Sachsens analysiert. Die Datenbasis bildeten der Förderkatalog des BMBF¹ sowie eine Datenbank über FuE-Förderungen des Landes Sachsen-Anhalt.

Dominierende und vielfältige Verflechtungen könne man, so Dr. Titze, vor allem in Magdeburg und Halle beobachten, Vielfalt im kleineren Ausmaß auch in den Regionen Harzkreis, Anhalt-Bitterfeld, Bördekreis und Salzlandkreis. Kleinere Hochschulen seien eher weniger über Bundesprogramme mit der regionalen Wirtschaft vernetzt. Im Bereich der Hochschulen falle weiterhin auf, dass die Universitäten des Landes Sachsen-Anhalt in Halle und Magdeburg wenig miteinander vernetzt sind.

In der Diskussion zum Vortrag regten einige Teilnehmer an, in Zukunft über die Grenzen von Sachsen-Anhalt zu schauen und eine ähnliche Untersuchung für ganz Mitteldeutschland durchzuführen.

Einheitsgemeinden nicht effizienter als dezentrale Formen der kommunalen Verwaltungsorganisation

Die Reihe der IWH-Fachvorträge beschloss Dr. Peter Haug, Forschungsschwerpunkt „Kommunale Entwicklungsstrategien“. Er referierte zum Thema „Gemeindegröße, Verwaltungsform und Effizienz der kommunalen Leistungserstellung – Empirische Ergebnisse am Beispiel von Sachsen-Anhalt“. Die Anzahl der Gemeinden hat in Sachsen-Anhalt als Folge unter anderem der jüngsten Gemeindegebietsreform seit dem Jahr 1992 um 84% abgenommen. Dies sei Motivation, empirisch zu untersuchen, ob die damit verbundenen Politikmaßnahmen (Vergrößerung der Gemeinden, Um-

wandlung von Verwaltungsgemeinschaften in Einheitsgemeinden) hinsichtlich der Effizienz der kommunalen Leistungserstellung sinnvoll sind.

Es könne gezeigt werden, dass die Mehrheit der Kommunen in Sachsen-Anhalt im Jahr 2004, also vor der entscheidenden Phase der Gemeindereform, eine effiziente „Betriebsgröße“ aufgewiesen habe – wenn die aggregierte Ebene der Verwaltungsgemeinschaften betrachtet wird. Weiterhin sei keine Überlegenheit zentralisierter kommunaler Organisationsformen, d. h. der Einheitsgemeinden, hinsichtlich der Effizienz der Verwaltung festzustellen gewesen. Es lasse sich außerdem zeigen, dass die Effizienz mit steigender Pro-Kopf-Verschuldung abnehme. Auch seien Kommunen mit positiver Bevölkerungsentwicklung und hohem Seniorenanteil tendenziell ineffizienter. Bezüglich des Zusammenhangs zwischen Ballungsgrad und kommunaler Effizienz erwähnte der Referent, dass es zwar Anzeichen für Ballungsvorteile gäbe, jedoch überwiegen ab einer Bevölkerungsdichte von mehr als 700 Einwohnern pro km² die Ballungsnachteile.

Dr. Jutta Günther, Vorstandsmitglied des IWH und Leiterin der Abteilung Strukturökonomik, ließ in ihrem Schlusswort die Vorträge noch einmal kurz Revue passieren und hob hervor, dass die Konferenz – wie in den vergangenen Jahren – eine wichtige Transferveranstaltung darstellt und zugleich dazu beiträgt, Impulse aus der wirtschaftspolitischen Praxis für die Weiterentwicklung der Forschungsprojekte des IWH aufzunehmen. Ohne die wertvollen Kommentare der Teilnehmer vergangener Tagungen wären einige Beiträge nicht in der gegenwärtigen Form möglich gewesen.

¹ Vgl. <http://www.foerderkatalog.de>.